

Familien gezielt unterstützen

Fürst Hans-Adam II. von und zu Liechtenstein feiert heute seinen 63. Geburtstag. «Ich wünsche mir, dass der Erbprinz mit seinen verschiedenen Projekten erfolgreich sein wird», sagt der Landesfürst im Gespräch mit dem «Vaterland».

Von Günther Fritz

Für die Bevölkerung wünscht sich das liechtensteinische Staatsoberhaupt, «dass es uns weiterhin so gut geht». Wenn man sich die Lage in den verschiedensten Ländern anschaut, dürfe man in Liechtenstein «unendlich dankbar sein». Das «Liechtensteiner Vaterland» hat es sich seit 1995 zur Tradition gemacht, ein «Geburtsinterview» mit dem Landesfürsten zu führen. Im zweiten Teil dieses ausführlichen Interviews, den wir heute publizieren, nimmt der Monarch zu den aktuellen politischen Themen Stellung.

Kein Freund des Giesskannenprinzips

In den nächsten Monaten werden die drei Parteien ihre Auseinandersetzungen um das beste Modell der Familienförderung weiterführen. Zu der vonseiten der FBP geplanten Ausschüttung eines Familiengeldes bis zum dritten Lebensjahr erklärt der Landesfürst: «Grundsätzlich bin ich nicht sehr begeistert von Systemen, die nach dem Giesskannenprinzip funktionieren. Ich glaube, dass man vielmehr jene Familien, die das Geld auch wirklich brauchen, in einer ge-



Fürst Hans-Adam II. von und zu Liechtenstein im traditionellen «Geburtsinterview» mit dem «Vaterland»: «Die Vorstellungen der Gemeinden, sich durch die Übereignung der Kirchengebäude an die Kirche grossartige finanzielle Vorteile verschaffen zu können, finde ich völlig fehlgeleitet und unrealistisch.»

Bild Daniel Schwendener

zielten Art und Weise unterstützen soll.» Ihm sei es lieber, «wenn wir am Ende denjenigen, die es wirklich brauchen, sogar noch mehr zahlen, als wenn wir das Geld einfach nach dem Giesskannenprinzip verteilen».

Den Vorschlag der Gemeinden, die Kirchengebäude an eine Trägerschaft

der katholischen Kirche für Geld oder Realersatz zur verkaufen, hält Fürst Hans-Adam II. für wenig sinnvoll: «Wenn ich die katholische Kirche wäre, würde ich zu den Gemeinden sagen: Behaltet eure Kirchen! Wenn ihr daraus Discos oder Wirtshäuser machen wollt, dann ist das eure Sache!

Dann werden wir für die Sonn- und Feiertage eben andere Räumlichkeiten mieten. Angesichts der relativ geringen Zahl von Kirchenbesuchern ist das für uns immer noch billiger, als wenn wir die Kirchen kaufen müssten.»

INTERVIEW SEITEN 8 UND 9

«Die Gemeinden sollten die Kirchengebäude

Fürst Hans-Adam II. von und zu Liechtenstein feiert heute seinen 63. Geburtstag. Im nachfolgenden zweiten Teil des traditionellen «Geburtstags-interviews» nimmt der Landesfürst zu den aktuellen politischen Themen Stellung.

Mit Fürst Hans-Adam II. von und zu Liechtenstein sprach Günther Fritz

In der Schweiz wird derzeit über die Legalisierung des Kiffens diskutiert. Wenn schon der Konsum von Alkohol und Tabak erlaubt ist, so müsse auch Cannabis erlaubt sein. Wie beurteilen Sie diese Frage aus liechtensteinischer Sicht? Fürst Hans-Adam II. von und zu Liechtenstein: Ich bin der Meinung, dass wir den Drogenkonsum grundsätzlich freigeben sollten. Allerdings dürfen Drogen dann nur in Lokalen konsumiert werden, die unter staatlicher Aufsicht stehen, um sicherzustellen, dass der Konsument saubere Ware unter medizinisch einwandfreien Bedingungen zu sich nimmt. Ich spreche mich diesbezüglich also für einen gewissen Konsumentenschutz aus.

Eine weitere Voraussetzung für die Drogenfreigabe ist der entsprechende Jugendschutz. Drogen dürfen Jugendlichen nicht zugänglich gemacht werden. Weiter ist es wichtig, dass in solchen Lokalen über die Gefahren des Drogenkonsums aufgeklärt wird. Natürlich sind Alkohol und Tabak – je nachdem, in welchem Ausmass diese Drogen genossen werden – auch mit gesundheitlichen Risiken verbunden. Andere Drogen sind aber mit grösseren Risiken verknüpft. Selbst bei Cannabis wird das Risiko des Rauchens

«Wir sollten den Drogenkonsum grundsätzlich freigeben»

noch zusätzlich mit dem Risiko einer Bewusstseinsveränderung gekoppelt. Deshalb plädiere ich trotz meiner liberalen Einstellung dafür, dass der Staat bei der Freigabe des Drogenkonsums gegenüber den Konsumenten, insbesondere den Jugendlichen, eine Schutzfunktion wahrnimmt.

Drogenmissbrauch führt überdies zu erheblichen Zusatzkosten für den Steuerzahler. Weil der Staat für diese

Folgekosten aufkommen muss, sehe ich es als Aufgabe des Staates an, hier entgegenzuwirken. Somit sehe ich eine vollkommene Liberalisierung als sehr problematisch an.

Wenn man die Drogen unter staatlicher Aufsicht zu niedrigen Preisen abgibt, hat dies einen entscheidenden positiven Effekt: Wir können damit die Drogenmafia schwächen und die ganze Kriminalität rund um den Drogenhandel reduzieren. Wir müssen den Konsumenten einfach die Möglichkeit geben, in staatlich beaufsichtigten Zentren billiger an Drogen heranzukommen, als sie die Drogenmafia auf dem freien Markt abgibt. Darin sehe ich einen weiteren Faktor, der dafür spricht, von der heutigen Politik des absoluten Verbotes abzurücken und den Weg der kontrollierten Abgabe einzuschlagen.

In den nächsten Monaten werden die drei Parteien ihre Auseinandersetzungen um das beste Modell der Familienförderung weiterführen. Was halten Sie von der vonseiten der FDP geplanten Ausschüttung eines Familiengeldes bis zum dritten Lebensjahr? Grundsätzlich bin ich nicht sehr begeistert von Systemen, die nach dem

«Ich bin nicht sehr begeistert von Giesskannenprinzip-Systemen»

Giesskannenprinzip funktionieren. Ich glaube, dass man vielmehr jene Familien, die das Geld auch wirklich brauchen, in einer gezielten Art und Weise unterstützen soll. Natürlich bin ich mir bewusst, dass dies eines gewissen administrativen Aufwandes bedarf. Auch ist damit ein Eingriff in die Privatsphäre verbunden, denn die Familien müssen offenlegen, inwieweit sie diese Gelder wirklich brauchen.

Aber letzten Endes geht es ja um das Geld des Steuerzahlers, das da verteilt werden soll. Ich meine, dass der Steuerzahler einen Anspruch darauf hat, dass mit diesen Geldern möglichst sorgfältig umgegangen wird. Und zu den Steuerzahlern gehören eben auch viele Leute, die keine Kinder haben. Deshalb sollte man ein solches Familiengeld sehr gezielt verteilen. Mir ist es lieber, wenn wir am Ende denjenigen, die es wirklich brauchen, sogar noch mehr zahlen, als



Fürst Hans-Adam II. zu der vonseiten der FDP geplanten Ausschüttung eines Familiengeldes bis zum dritten Lebensjahr: «Mir ist es lieber, wenn wir am Ende denjenigen, die es wirklich brauchen, sogar noch mehr zahlen, als wenn wir das Geld einfach nach dem Giesskannenprinzip verteilen.» Bilder Daniel Schwendener

wenn wir das Geld einfach nach dem Giesskannenprinzip verteilen.

Wenn jemand diese Gelder in Empfang nimmt, sollte er dann aber auch zu gewissen Leistungen gegenüber seinen Kindern verpflichtet werden. Es kann ja nicht sein, dass jemand grosse Subventionen einstreicht und seine Kinder im Grunde genommen vernachlässigt. Da soll dann doch eine staatliche Kontrolle ausgeübt werden. Wir haben ja ein immenses Interesse daran, dass nicht einfach Kinder wegen des Familiengeldes in die Welt

gesetzt werden und später für die Gesellschaft eine Last bedeuten oder so schlecht erzogen werden, dass sie dann in ein verbrecherisches Milieu hineintrutschen. Wir müssen schon schauen, dass diese Gelder sinnvoll eingesetzt werden.

Mit welchen Instrumenten könnte nach Ihrer Einschätzung die Vereinbarkeit von Familie und Beruf massgeblich verbessert werden?

Dieses Problem ist nicht einfach zu lösen. Ideal wäre es, wenn sich in erster Linie die Mutter um die Kinder kümmert, vor allem in den ersten Lebensjahren. Es gibt eine Reihe von Studien, die zeigen, dass es für viele Kinder eine Belastung bedeutet, wenn sie sehr früh aus dem Haus gegeben werden. Da gab es schon in den 50er-Jahren israelische Studien über Kinder, die in Kibuzzen aufgezogen worden sind, damit die Frauen kurz nach der Geburt wieder berufstätig sein konnten. Die starken Kinder haben sich durchgesetzt und waren überdurchschnittlich erfolgreich, aber es gab auch einen überdurchschnittlichen Anteil von Kindern, die dann im Leben versagt haben. Der Konkurrenzkampf hat also sehr früh eingesetzt und das ist sicher ein Nachteil. In einer Gesellschaft, die darauf Wert legt, dass möglichst jeder eine Chance bekommt, spricht manches dafür, dass sich die Mutter – oder wenn sie nicht kann, der Vater – möglichst lange um die Kinder kümmern kann. Dies war früher in der Agrargesellschaft einfacher zu bewerkstelligen als später in der Industriegesellschaft. In der heutigen globalisierten Weltwirtschaft mit einem hohen Anteil im Dienstleistungssektor zeichnet sich wieder eine Wende ab. Wer heute sehr viel mit den USA zu tun hat, wird auf Grund der Zeitverschiebung unter Umständen erst zu Mittag oder am frühen Nach-

mittag ins Büro gehen, dafür dann aber lange dort bleiben. Wer mit Asien zu tun hat, wird sehr früh ins Büro kommen und sehr früh nach Hause gehen. Diese Veränderung in der Arbeitswelt kommt dem Anliegen, dass sich Vater und Mutter vermehrt um die Kinder kümmern können, sicherlich entgegen.

Trotzdem glaube ich, dass der Staat die Infrastruktur dazu schaffen sollte, dass die Kinder sehr früh eingeschult werden können. Wenn Kinder sehr früh in den Kindergarten kommen, bedeutet dies eine Bereicherung für die Erziehung und Entwicklung des Kindes. Aber genauso wichtig ist auch ein Zuhause, wo sich die Kinder geborgen fühlen und im Idealfall Vater und Mutter erleben können.

Die gesellschaftliche Entwicklung wird durch den Megatrend «silberne Revolution» geprägt werden. Das bedeutet, dass die Menschen beim Altern immer jünger werden. Wie kann der Altersvorsorge vor diesem Hintergrund langfristig gesichert werden?

Ich bin für ein flexibles Rentenalter und für eine individuelle Altersvorsorge. Das gibt dem Einzelnen eine gewisse Freiheit zu entscheiden, wann

«Ich bin für ein flexibles Rentenalter und für eine individuelle Altersvorsorge»

er in Pension geht. Die Menschen werden sich aber mit der Tatsache abfinden müssen, dass sie bei höherer Lebenserwartung länger arbeiten müssen.

Die Trennung von Staat und Kirche ist ein altes Anliegen von Ihnen. Jetzt scheint die Zeit reif dafür zu sein. Eine besonders emotionsgeladene Frage wird die Neuregelung der Eigentumsverhältnisse auf Gemeindeebene sein. Was halten Sie von der Idee der Vorsteher, die kirchlichen Gebäude gegen Tausch oder mittels langfristiger Baurechte an eine Trägerschaft der römisch-katholischen Kirche zu übergeben, wenn im Gegenzug die Kirche die gesamten Bau- und Unterhaltskosten übernimmt?

Ich glaube, dass eine Trennung von Kirche und Staat im Rahmen der Glaubens- und Religionsfreiheit ein wichtiger Schritt wäre. Persönlich bin ich der Meinung, dass die Gemeinden die Kirchengebäude einfach auf eine Trägerschaft der katholischen Kirche übertragen sollten. Ich kann mir nicht vorstellen, dass eine Gemeinde ihre Kirche irgendeinem anderen Verwendungszweck zuführen möchte oder könnte.

Wenn die Gemeinden glauben, sie könnten die Kirchen für Geld oder Realersatz verkaufen, täuschen sie sich. Diese Diskussion halte ich für wenig sinnvoll. Wenn ich die katholische Kirche wäre, würde ich zu den Gemeinden sagen: Behaltet eure Kirchen! Wenn ihr daraus Discos oder Wirtschaftshäuser machen wollt, dann ist das eure Sache! Dann werden wir für die Sonn- und Feiertag eben andere Räumlichkeiten mieten. Angesichts der relativ geringen Zahl von Kirchenbesuchern ist das für uns immer noch billiger, als wenn wir die Kirchen kaufen müssen. Die Vorstellungen der Gemeinden, sich durch die Übertragung der Kirchengebäude an die Kirche grossartige finanzielle Vorteile verschaffen zu können, finde ich völlig fehlgeleitet und unrealistisch. Im Gegenteil müssten doch die Gemeinden ein Interesse daran haben, dass die katholische Kirche die Kirchengebäude und deren Unterhalt übernimmt.



Fürst Hans-Adam II. im Gespräch mit «Vaterland»-Chefredaktor Günther Fritz zur Neuregelung der Besitzverhältnisse zwischen der katholischen Kirche und den Gemeinden: «Wenn die Gemeinden glauben, sie könnten die Kirchen für Geld oder Realersatz verkaufen, täuschen sie sich. Diese Diskussion halte ich für wenig sinnvoll.»

einfach auf die katholische Kirche übertragen»

Welches Modell der künftigen Kirchenfinanzierung würden Sie sich wünschen und welches ist nach Ihren Erfahrungen in Liechtenstein am ehesten politisch realisierbar?

Ich halte die jetzt da und dort diskutiert Lösung für problematisch, wenn der Steuerzahler nur wählen kann, ob ein Teil seiner Steuern entweder der Staat oder seine Religionsgemeinschaft erhält. Da fielen wir, was den

«Da fielen wir noch weit hinter Italien zurück»

liberalen Geist betrifft, noch weit hinter Italien zurück. In Italien gibt man dem Steuerzahler wenigstens die Möglichkeit, den dafür bestimmten Steueranteil auch einem anderen vom Staat anerkannten Zweck im sozialen oder kulturellen Bereich zu widmen.

Die von der Freien Liste vorgeschlagene Lösung halte ich allerdings für noch problematischer. Dort hat man als Steuerzahler nur noch mehr die Wahl, dem Staat eine Kirchensteuer zu zahlen, der diese recht willkürlich

«Am liebsten wäre mir eine amerikanische Lösung»

an staatlich anerkannte Religionsgemeinschaften verteilt oder aus der offiziellen Kirche auszutreten. Das erinnert an die Lösung der chinesischen Kommunisten, denn dort gibt es ein offizielle katholische Kirche, die vom Staat finanziert und kontrolliert wird und eine Untergrundkirche. Ich würde in so einem Fall aus der offiziellen Kirche austreten und die Untergrundkirche finanzieren.

Mit der italienischen Lösung könnten Sie noch leben?

Mit der italienischen Lösung kann ich noch leben. Sie stellt einen Kompromiss dar. Am liebsten wäre mir eine amerikanische Lösung. Aber diese ist in Liechtenstein offenbar nicht machbar.

Nach Ansicht von Christoph Klein, Theologe beim Verein für eine offene Kirche, finden Theologie und Pastoral des Erzbistums kaum Anschluss an die Lebenswirklichkeit der meisten Leute im Land. Was sagen Sie zu den Menschen, die Mühe mit der Art und Weise der Heilsverkündigung durch Erzbischof Wolfgang Haas haben?

Es steht doch jedem frei, sich religiös zu betätigen, wie er das wünscht, ob

er jetzt in der katholischen Kirche oder in einer anderen christlichen oder nicht christlichen Gemeinschaft aktiv ist oder mit Religion überhaupt nichts zu tun haben möchte. Jeder soll für sich selber entscheiden dürfen, was für ihn das Richtige ist. Deshalb bin ich für die amerikanische Lösung.

Wie realistisch sehen Sie nach einer Umsetzung der Neuregelung des Staatskirchenrechts die Möglichkeit, dass der Islam eines Tages genauso wie die römisch-katholische, die evangelisch-reformierte und die evangelisch-lutherische Kirche als Religionsgemeinschaft öffentlich-rechtlich anerkannt wird?

Damit habe ich grundsätzlich überhaupt kein Problem. Die mohammedanische Glaubensgemeinschaft zerfällt aber in die verschiedensten Richtungen. Jeder Prediger hat praktisch seine eigene Richtung. Deshalb ist es schwierig, einen Ansprechpartner zu finden, der alle vertreten kann. Bei der katholischen Kirche ist das natürlich wesentlich einfacher, da gibt es einen klaren Verhandlungspartner.

Was sagen Sie zu den Liechtensteinerinnen und Liechtensteinern, die angesichts Ihrer offenen und toleranten Haltung, was die allfällige Errichtung eines Minarets in Liechtenstein betrifft, nur den Kopf schütteln?

Ich würde sagen, der Ur-Liechtensteiner hat auch den Kopf geschüttelt, als hier der erste Kirchturm errichtet wurde.

Durchlaucht, eine wichtige politische Aufgabe wird auch im Jahr 2008 die Bewahrung der Standortvorteile für den Finanzplatz sein. Wie beurteilen Sie vor diesem Hintergrund die Stiftungsrechtsreform?

Soweit ich das beurteilen kann, ist das eine sehr gute Reform. Wir müssen auf der einen Seite einfach schauen, dass das Stiftungsrecht nicht missbraucht wird. Auf der anderen Seite müssen

«Die Stiftungsrechtsreform ist eine sehr gute Reform»

wir unsere liberale Ordnung auf diesem Gebiet bewahren. Das heisst, wir müssen immer wieder einen Mittelweg finden, auf dem wir die Freiheit nicht zu stark einengen und gleichzeitig Missbräuche verhindern können.

Was erwarten Sie sich von der Steuerreform?

Die Steuerreform ist unumgänglich. Schon mein Vater hatte sich für eine Steuerreform eingesetzt und war damit gescheitert. Auch ich habe mich



Fürst Hans-Adam II. von und zu Liechtenstein: «Wenn ich die katholische Kirche wäre, würde ich zu den Gemeinden sagen: Behaltet eure Kirchen! Wenn ihr daraus Discos oder Wirtshäuser machen wollt, dann ist das eure Sache!»

Bild Daniel Schwendenner

dafür eingesetzt, bin aber auch nicht weiter gekommen. Die Zeit ist jetzt dafür. Ich halte die Steuerreform, die da und dort jetzt im Gespräch ist, für gut. Es soll ein einfaches Steuerrecht sein, das international kompatibel ist, und die Steuern sollten möglichst niedrig sein. Wir können nicht den Ausländer gegenüber dem Liechtensteiner bevorzugen. Der Inländer muss künftig die gleichen Vorteile geniessen können wie der Ausländer. Das entspricht einer internationalen Forderung und ist auch innenpolitisch die richtige Lösung.

Inwieweit gehen Sie davon aus, dass Liechtenstein im Gleichschritt mit der Schweiz auf Ende des Jahres dem Schengen-Raum beitreten kann?

Ich hoffe, dass das gelingt. Das liegt jetzt weitestgehend bei der EU. Wir können meiner Ansicht nach auch ohne Schengen leben. Ich kann mir nicht vorstellen, dass die EU und die Schweiz plötzlich Zollhäuschen an unserer Grenze errichtet. Aus diesem Blickwinkel befinden wir uns in einer relativ komfortablen Situation, was die Verhandlungsbasis betrifft. Deshalb glaube ich auch nicht, dass wir weitgehende Kompromisse eingehen müssen, was den Finanzplatz betrifft.

Sprechen Sie jetzt von der zeitlichen Verknüpfung der liechtensteinischen Schengen-Assoziation mit dem Anti-Betrugsabkommen durch die EU?

Ja. Wir sind natürlich daran interessiert, dass wir einen sauberen Finanzplatz haben. Gar keine Frage. Wir brauchen einen glaubwürdigen Finanzplatz, aber wir können nicht der verlängerte Arm einer ausländischen Steuerbehörde sein.

Wie schmeckt Ihnen die populärste wirtschaftliche Innovation der jüngsten Zeit, das Bier vom Liechtensteiner Brauhaus?

Ja, nicht schlecht. Wir haben es ja beim Neujahrsempfang ausgeschenkt. Ich habe allerdings die leichten amerikanischen Biere, die wenig Geschmack

«Wir können nicht der verlängerte Arm einer ausländischen Steuerbehörde sein»

haben und fast wie Sprudelwasser schmecken, am liebsten. Das Liechtensteiner Bier ist kräftiger und wird sicher vielen Leuten gut schmecken.

Finden Sie es sinnvoll, dass in Liechtenstein auch in diesem Jahr wiederum Misswahlen durchgeführt werden?

Wenn in Liechtenstein verschiedene Damen Freude an Misswahlen haben, warum nicht? Wir haben ja auch eine grosse Vielfalt bei Sportvereinen. Warum also nicht auch Misswahlen!

Werden Sie sich im Rahmen der EURO 2008 vom Fussballfieber anstecken lassen und vielleicht sogar ein Match anschauen?

Nein. Vielleicht werde ich mir im Fernsehen die Finals anschauen. Aber auch da bin ich mir nicht einmal so sicher.

Wann kommt Ihr Buch mit dem Arbeitstitel «Der Staat im dritten Jahrtausend» nun definitiv auf den Markt?

Wir haben uns für einen amerikanischen Verlag entschieden. Das Buch wird zuerst in Englisch erscheinen. Im Moment wird es lektoriert. Ich nehme an, dass es in den nächsten Monaten erscheinen wird.

Durchlaucht, was wünschen Sie sich zu Ihrem 63. Geburtstag?

Ich wünsche mir, dass der Erbprinz mit seinen verschiedenen Projekten erfolgreich sein wird. Für die liechtensteinische Bevölkerung wünsche ich mir, dass es uns weiterhin so gut geht. Wenn man sich die Lage in den verschiedensten Ländern anschaut, dürfen wir unendlich dankbar sein.

Durchlaucht, herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag!